

(Schluß der Donnerstagdebatte in der Zweiten Kammer.)

Opitz: Die letzten Bänke des Hauses während der Zeit, in der die letzten sozialdemokratischen Redner gesprochen, bewiesen zur Genüge, daß man an dieser Art Ausführungen kein Interesse habe. Selbst ein Teil der Fraktionsgenossen der Sozialdemokraten seien außerhalb des Saales gewesen. Die Rede Schauberts habe persönliche Angriffe gegen ihn gebracht. Wollte er das auch thun, so müsse er eben auch auf die persönlichen Eigenschaften desselben zu sprechen kommen und den Wechsel in den Parteistellungen des Genannten hervorheben. Er sei er nationalliberal gewesen, dann habe er sich der konservativen Partei angelehnt und gegenwärtig sei er Mitglied der Reformpartei. Was den Herrn Professor Sohm anlangt, so habe er zu erklären, daß dieser ein geborener Mecklenburger sei. Wunderbar sei es doch, daß derselbe nie die Befreiung und die Befreiung seines eigenen Vaterlandes zum Gegenstande von Angriffen gemacht habe, obwohl dies vielfach von anderer Seite geschehen sei, und hier in Sachsen spreche er von einer Anrechnung und Entrechnung des sächsischen Volkes. Wegen Geyers Angriffe nimmt er sodann die Gesetzgebungsdeputation kräftig in Schutz und stellt ihr das Zeugnis aus, daß sie nach allen Richtungen hin ihre Pflicht gethan habe. Seien akademische Erörterungen dabei nicht gemacht worden, so habe keine Veranlassung dazu vorgelegen. — Ob die Neuregelung des Wahlrechts in Sachsen eine Abänderung auf die Reichstagswahl haben werde, könne er nicht behaupten; möglich sei es. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Von Seiten der Sozialdemokratie sei alles gethan worden, um die Volksmassen zu erregen. In ihren Protokollsammlungen hätten sie ihre Parteizweige herangezogen und durch ihre Presse nach allen Richtungen hin einzuwirken gesucht. Unterstützt seien sie in dieser Richtung worden durch die Reformpartei und einige Gesährte, aber trotzdem sei von einer Erregung im Lande nichts zu merken. Noch eins: Würde die Vorlage auf die Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse ungünstig einwirken, so würde auch ich schwere Bedenken gegen dieselbe haben. Gewiß, die Reformnüge liege nahe, aber nur aus dem Grunde, weil fortwährend die soziale Frage in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei gebracht werde. In Wirklichkeit befinde sich jedoch ein solcher Zusammenhang gar nicht. Er (Redner) habe stets darauf hingewiesen, daß man im Gegenteil zwischen sozialer Frage und sozialdemokratischer Partei streng scheiden müsse. Den besten Beweis hierfür liefern die englischen Verhältnisse. Dort sei es der Sozialdemokratie, obwohl ihre Führer Marx, Liebknecht und andere jahrgelungel dort gelebt haben, nicht gelungen, Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen. Trotzdem sei die englische Arbeiterbewegung eine große, aber sie habe sich nur praktische Ziele gesteckt. Noch nie habe es ein unantastliches Bündnis gegeben, als wir es hier in Deutschland zwischen sozialer Frage und Sozialdemokratie zu betrachten gewohnt sind. Die soziale Frage sei eine eminent praktische, die Sozialdemokratie verfolge dagegen utopische Ziele und sei zerfallender Tendenz. Alles, was sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen thue, leide an innerem Widerspruch. So leisteten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Eid auf die Verfassung, während ihr Programm sie anweise, das Königtum zu stürzen. (Auf: Au!) Gerade das sei bezeichnend, daß dem immer und immer widersprochen werde. Wollte doch Gott, daß endlich den Arbeitern die Augen über die wahren Bestrebungen der Sozialdemokratie aufgingen. Noch sei ja darauf nicht zu rechnen, aber die Hoffnung sei vorhanden, daß die Arbeiter sich doch von der Sozialdemokratie loslösten. Die Ursache der Gefolgschaft sei ja darin zu suchen, daß die Sozialdemokratie zu einer Zeit in den Vordergrund trat, als auch auf dem Gebiete der Technik die größten Erfindungen gemacht wurden. Bei dem im deutschen Geiste liegenden Idealismus wurde der Arbeiterstand verleitet zu glauben, daß auch auf dem sozialen Gebiete ein wunderbarer Umschwung sehr wohl möglich sei und die Verheißungen der sozialdemokratischen Redner in Erfüllung gehen könnten. Vielleicht hätten die letzteren selbst diesen Wahn. Mit dem Zeitpunkte jedoch, daß ihnen die Erkenntnis kommt, ein solcher Umschwung ist nicht möglich, sondern nur durch gewissenhaften Umsturz zu erreichen, müsse es als ein Frevdel bezeichnet werden, wenn sie, wie es noch geschehe, dem Arbeiter solche Zukunftsbilder vorkauften. Das gegenwärtige Wahlgesetz gemähre den sozialdemokratischen Führern nur die Lärmschneise der Massen dadurch, daß sie, unter Hinweis auf das fortwährende Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, den Beweis zu erbringen suchen, der Zukunftsstaat könne sehr wohl auf friedlichem Wege geschaffen werden, wenn erst in den Landesvertretungen eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden wäre. Gerade dadurch ließen sich viele brave Arbeiter für die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Wahlen gewinnen. Diesen Wahn gelte es zu zerstören, und das könne nicht besser geschehen, als durch die vorgeschlagene Aenderung des Wahlgesetzes. Die weitere Aufgabe würde es dann sein, den Arbeiter darüber aufzuklären, daß es nicht möglich sei, den sozialdemokratischen Zukunftsstaat herbeizuführen, und daß es für ihn viel richtiger sei, praktische Wege der Verbesserung seiner Lage zu beschreiten. So sei denn dieses Gesetz weit entfernt, dem Rechte der Arbeiter zu nahe zu treten, sondern es sei vielmehr ihrem Interesse und so eine Wohlthat für unser ganzes Vaterland. (Lebhafte Beifall.)

Vizepräsident Streit: Es sei hinsichtlich der Deputationsberatung bemängelt worden, daß dieselbe zu wenig auf Einzelheiten zugeteilt wäre. Er müsse darauf erwidern, daß auch keine großen Veränderungsvorschläge an die Deputation gelangt seien. Nur dem Pluralsystem habe man weitere Beachtung geschenkt, sich jedoch bald von dessen Unzulänglichkeit überzeugt. Andere Anträge, die von der Deputationsminorität gestellt wurden, habe diese teilweise selbst wieder zurückgezogen. Nun sei von gebührender Marktschreie mit der die Deputation arbeiten mußte, die Rede gewesen. In Wirklichkeit war eine solche nicht vorhanden, nur hatte man sich vorher über die Grundsätze der Wahlreform verständigt. Vergleichen finde überall statt. Wenn der Deputation aber vorgeworfen werde, sie habe die Arbeiten beschleunigt, so behenne er ganz offen, daß er nach Möglichkeit zu dieser Beschleunigung beigetragen habe. Darüber sei er sich vollständig klar gewesen, daß jede Verzögerung in den Arbeiten der Deputation nur dazu benutzt werden würde, um durch eine heftig betriebene Agitation im Lande Unruhe hervorzurufen. Es werde nun, um auf die Vorlage selbst einzugehen, das indirekte Wahlrecht als etwas ganz Schandhaftes bezeichnet. Dem gegenüber erinnere er daran, daß wir ein solches System bei vielerlei Wahlen haben, so z. B. bei der Wahl der Stadträte, der Gemeindevorsteher u. s. w. Wenn es hierfür gelte, empfehle es sich umjomehr, auch die Wahl der Landtagsabgeordneten in dieser Weise zu vollziehen und sei der wüthigen Agitation zu entrücken. Es beziehe sich Geyer auf die Autorität Sohm's. Wenn er das in einem Punkte thue, müsse er diese Autorität auch in den ganzen Ausführungen anerkennen. Gerade Sohm sei es aber gewesen, der die Waffe als unteilnehmlich bezeichnet habe. Das wollten die Sozialdemokraten freilich nicht Wort haben. Redner, auf der Journalistentribüne schwer verständlich, schloß mit den Worten, daß, abgesehen von den Sozialdemokraten und einigen Laufenden, die sich sonst noch der bekannten Protestbewegung angeschlossen hätten, der übrige Teil von Sachsens Bevölkerung nur einen Wunsch habe: Vom Terroris-

mus der Sozialdemokratie befreit zu sein. (Lebhafte Bravo!)

Kommerzienrat Georgi-Wydan: Er wolle zunächst Etwas auf den Standpunkt eingehen, den die Minderheit in der Deputation eingenommen habe. Von einer Seite habe man sich dort für die Erhöhung des Zensus auf 10 W. ausgesprochen. Das sei doch auch eine Klassifizierung nach dem Vermögen und vielleicht um besterwillen noch eine schärfere, weil sie Tausenden der jetzigen Wähler das Wahlrecht ganz nehme. Dann habe man auf das Pluralsystem hingewiesen. Dasselbe läßt für manchen einen gewissen Haider aus, jedoch derselbe schwinde meist bei näherem Hinsehen. In Belgien werde jedem 18jährigen Manne, wenn er verheiratet ist, eine zweite Stimme verliehen, dann gebe es Ergänzungsstimmen bei einem gewissen Besitze, sowie bei akademischer Bildung. Darin lägen ebensoviele Ungerechtigkeiten. Derjenige, der aus wohl-berechneten Gründen unverheiratet bleibe, sehe zurück hinter alle solchen Bürgern, die leichtfertig heiraten u. a., deren That der Staat keine Ursache hätte, noch ein Verrecht zu verleiden. Das Vermögen könne auch auf die verschiedenste Art und Weise erworben sein und was endlich die Ergänzungsstimme für akademische Bildung anbetreffe, so läge darin ein Unrecht gegen alle Lehrer, Künstler u. s. w., die keine Akademie besuchten konnten, darum doch aber ganz gut zu den Gelehrten zu rechnen wären. Hiergegen bleibe ein Wahlrecht, das auf der Steuerbelastung beruhe, trotz der ihm ebenfalls anhaftenden Mängel immer noch das Beste. So seien denn auch die Herren der Minorität in der Deputation nur in der Negation einig gewesen, in dem, was sie wollten, gingen sie dagegen weit auseinander. Es sei dann weiter behauptet worden, daß die historische Grundlage des gegenwärtigen Wahlrechtes bei der Deputationsberatung nicht die nötige Beachtung gefunden habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Wenn man auf den Stand der Verhältnisse bei der Einführung des jetzigen Wahlrechtes zurückblicke, so lasse sich nicht verkennen, daß Veränderungen eingetreten seien, welche den damaligen Willen des Gesetzgebers hinsichtlich gemacht haben. Die Sicherung gegen die Ueberflutung durch allgemeine Wahlen sollte durch den damals beschlossenen Zensus bewirkt werden. Durch die veränderte Steuererhebung und durch das Steigen des Einkommens sei jetzt die Wirkung des Zensus geradezu bedeutungslos geworden. Also gerade im Hinblick auf die historischen Verhältnisse werde jetzt die Aenderung des Wahlgesetzes nötig. Ueber die Bormahme indirekter Wahlen könne man ja verschieden denken. Aber darüber komme man nicht hinweg, daß sich ein anderes System nicht finden lasse, man müßte denn die Wahlkreise ganz unangemessen vergrößern oder die Zahl der Abgeordneten verdreifachen und auf 249 erhöhen. (Zuruf: Im Gotteswillen!) Mit der Wahlreform gehe es, wie mit allen anderen großen Reformen: sie lassen sich unmöglich nach dem Kopfe eines jeden zurecht machen. Und wie in der Deputation, so geschehe auch hier die Opposition in lauter Gruppen. Andererseits positive Vorschläge liegen nicht vor und so bleibe nur der Regierungsentwurf, welcher in der Fassung, die ihm die Deputation gegeben habe, ein Werk allseitiger Befriedigung geworden sei. (Beifall.)

Präsident wendete sich zunächst mit einer ganzen Reihe persönlicher Bemerkungen gegen eine Anzahl Redner und kam dann darauf zu, daß an Stelle der angeblichen Diktatur des Protokollrats, mit der man gewisse Kreise in Angst versetze, jetzt die tatsächliche Diktatur des Geldbades trete. Man habe hier den Wunsch nach Ruhe geäußert. Das derselbe vorhanden sei, glaube er gern. Aber gerade darin dürste sich die Mehrheit täuschen, wenn sie glaube, durch das Wahlgesetz diese Ruhe erreichen zu können. Die Sozialdemokratie würde nach wie vor jede Landtagswahl zu einer ruhigen Agitation benutzen. Und diese werde auch, daß sei die einzige praktische Folge des Wahlgesetzes, die bürgerlichen Kreise leichter erlosse. Man wolle zwar den Arbeitern einreden, das Wahlrecht werde erweitert. So thöricht sei niemand mehr, um das zu glauben, und für die nötige Aufklärung werden schon die Sozialdemokraten sorgen. Man rede immer von Haß, den die Sozialdemokraten fänden. Er könne versichern, daß den Führern der gegnerischen Parteien gegenüber in den Reihen seiner Leute kein Haß, sondern nur das Gefühl der grenzenlosesten Verachtung vorhanden sei. (Präf. Ackermann ruft den Redner wegen dieser Anmerkung, die jedem Gefühle von Eitelkeit, Rührung und Befriedigung widerspreche, zur Ordnung.) Redner stellt sich weiter auf den Standpunkt, daß kein Redner in einem Hause als Abgeordneter annehmen könne, wenn dasselbe nur auf dem Vertrauen der 1. und 2. Wählerklasse, also einer winzigen Minderheit, beruhe. Für das Vertrauen der 3. Wählerklasse würden jedoch schon die Sozialdemokraten sorgen. Man rede davon, die Sozialdemokratie habe ihren Höhepunkt erreicht oder gar schon überschritten. Demgegenüber nehme es sich ganz eigenartig an, daß man sich gegen eine solche absterbende Partei durch dieses Wahlgesetz sichern müsse. Es sei hier von der Sanftion des Gesetzes durch den König gesprochen worden. Das sei eben das Schlimme, daß hierdurch der König mit verantwortlich werde, daß man ihn in den Stumpf hineinziehe. (Lebhafte Bewegung. Präsident Ackermann erteilt dem Redner einen zweiten Ordnungsruf mit dem Bemerkten, daß ihm im dritten Wiederholungsfalle das Wort entzogen werde. Redner schließt mit der Behauptung, daß die Sozialdemokraten auch im jetzigen Kampfe Sieger bleiben werden. Noch nie sei ihnen eine bessere Waffe vom Gegner in die Hand gegeben worden, als dieses Wahlgesetz.)

Wichhammer-Ackermann wendet sich in einer scharfen Rede gegen die Sozialdemokraten. Stolle-Gesau hält eine über eine Stunde dauernde Rede, in der er nur Bekanntes anführt und wegen seiner Schlüsselaussage, es frage sich, ob Sachsen noch zu einem christlichen Staate auszuhalten sei, den Ordnungsruf des Präsidenten verweist. Redner-Schauberg weist die verschiedenen Angriffe zurück, die in letzter Zeit gegen ihn wegen seiner Haltung in der Wahlrechtsfrage erhoben worden seien, und wendet sich dann sehr scharf gegen die Haltung der „Dresdener Zeitung“, die, obwohl die Behauptungen des Blattes als unbegründet von den beteiligten Kreisen zurückgewiesen worden seien, nichts widerrufen oder nur korrigiert hätte. Sodann beleuchtet er den Vektor Böhmert'schen Artikel, der sich sogar so weit verheißt, eine Vertagung der Beratungen über die Vorlage von der Kammer zu fordern. Wenn die hohen Juristen, die jetzt so warm für die Ablehnung der Vorlage eintreten, in die Lage versetzt würden, über die Art und Weise der so wüthig geführten Agitation im Lande als Strafrichter zu fungieren, würden sie dieselbe mindestens unter den Unflugsparaphen stellen. Guste-Bischofswerda kennzeichnet seinen Standpunkt zur Vorlage. Er sei Gegner der Vorlage, weil er meine, daß, wenn man als Altersgrenze des Wählers das 30. Lebensjahr festsetze und den Zensus erhöhe, man zu denselben Ergebnissen gelange, wie sie die Vorlage bringen solle. Nach reiflicher Erwägung könne er seine Ueberzeugung nicht ändern, aber er glaube, daß, wenn er auch gegen die Vorlage stimme, man ihn stets auf der Seite derjenigen finden werde, die treu zu König und Vaterland ständen. Schaubert-Gemisch bespricht zunächst die Punkte, welche die Deutsch-Sozialen von den anderen bürgerlichen Parteien in der Kammer trennen, und spricht dann warm für Sohm, dessen Ueber-

zeugungstreue, man achten solle. Es sei heute gesagt worden, daß Sohm die Neuerung gethan habe: Nieder mit dem christlichen Staate. Er, Redner, habe inzwischen mit einem Herrn gesprochen, der jener Versammlung, in der dieses Wort gefallen sein soll, beigewohnt habe. Sohm habe in Wirklichkeit die Begriffe „Staat“ und „Christentum“ gegenübergestellt und unter Hinweis darauf, wie wenig sich dieselben deckten, gesagt: Fort mit dem Begriffe eines christlichen Staates. Das sei doch ganz etwas anderes, als Aushmogen behauptete. Redner erinnert dann daran, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch die bedeutendsten Fabrikbesitzer, wie Wöhe in Chemnitz, Gollubisch in Dresden u. c., sich gegen diese Aenderung des Wahlgesetzes ausgesprochen haben, weil sie auf das Zusammenleben mit den Arbeitern störend einwirkte. Beiritten werde schließlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Gesetzesentwurf sei. Nehme man aber die Statistik der letzten Reichstagswahlen, so ergebe sich nach den Parteiverhältnissen, daß nur 159000 Reichstagswähler für, aber 432000 gegen die Aenderung sein würden. Die Gegner hätten also die große Mehrheit. Windkovich-Groschordoff verteidigt in kurzen Ausführungen das Verhalten der Deputationsminorität. Den Antrag, die Steuererhöhung für die zweite Klasse von 50 auf 40 W. herabzusetzen, habe man deshalb zurückgezogen, weil als Kompromiß die Erhöhung der Wahlmänner in erster Klasse von 3 auf 5 gewählt wurde.

Gut von Freylich-Leipzig gestellter Vertagungsantrag wurde, als der Präsident mittelste, daß nur noch ein Redner eingezeichnet sei, nur für den Fall aufrecht erhalten, daß sich noch ein weiterer Redner melden sollte. Geyer führte nochmals alle Gründe an, die gegen die Abänderung des Wahlgesetzes sprächen. Arbeiter würden wohl auch häufig in der Kammer sitzen. Diese Stoffe brauchte man ja. Aber das würden ihn nicht abgelenken Arbeiter sein. Hiermit trat der Schluß der Debatte ein. Der Referent, Ritter-Kogwein, wies in seinem Schlusssortz den Vorwurf zurück, daß die Petitionen nicht genügende Beachtung gefunden hätten. Er selbst habe die aus Kogwein eingelaufene, mit 301 Unterschriften bedeckte Petition geprüft. Dabei habe er aber allerdings gefunden, daß sich darunter 86 Ausländer befänden und viele Namen doppelt wären. Auch hätten manche Unterzeichner wohl noch nicht das wahlberechtigste Alter. Das Freisich das Lob Geyers für die Deputationsminorität angenommen habe, sei ihm befremdlich. Majorität und Minorität hätten gleich gearbeitet. Es sei schließlich ihm vorgeworfen worden, daß er zu wenig Erläuterungen gegeben habe und das Gesetz für viele Arbeiter unverständlich bleiben würde. Dann begriff er nicht die Petitionen, denn es müßten in solchem Falle die Unterzeichner doch auch nicht gewußt haben, was sie unterzeichneten.

(Ueber die Freitagssitzung werden wir in nächster Nr. eingehender berichten.)

Örtliches und Sächsisches.

Frankenberg, 7. März 1896. Die Gemeinde wird auch an dieser Stelle noch besonders darauf hingewiesen, daß am morgenden Sonntag der Abendgottesdienst um 1/2 8 Uhr beginnen wird. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Evangelischen Jünglingsvereins, das an diesem Sonntag von dessen Mitgliedern und Freunden festlich begangen werden soll, hat Herr P. Helbig aus Bichorlau, der Mitbegründer und erste Leiter des Vereins, die Predigt in diesem Gottesdienste übernommen.

Der Ephoralhilfsgeistliche bei der Superintendentur Chemnitz II, Herr Richard Arnold Hering, ist vom Kirchenvorstand zu Ottendorf b. Birna für das Pfarramt daselbst gewählt und wird voraussichtlich gleich nach Ostern daselbst antreten.

In unserem Frankenberg wird in Verbindung mit der seit 1832 hier bestehenden, aber statliche Lehrräume und ein reichhaltiges Lehrmaterial verfügende Besuchs- und Fortbildungsschule von Ostern an ein einjähriger Tagelager für junge Kaufleute der Textilbranche errichtet. Es sollen darin junge Kaufleute durch gründlichen theoretischen und praktischen Unterricht in alle Zweige der Weberei so weit eingeführt werden, daß sie durch genaue Kenntnis der Fabrikation die Fähigkeit zur richtigen Beurteilung der Waren erlangen. Bei dem heutigen fortgeschrittenen Stande des Handels und der Industrie zeigt es sich notwendig, daß die jungen Kaufleute, welche in dem weitläufigen Gebiete der Textilbranche mit Erfolg thätig sein wollen, auch technisches Wissen sich aneignen, gleichviel ob sie als Kaufleute in Webwarenfabriken oder Grosso-Manufakturwarengeschäften u. c. ihre Stellung haben. Aus dem Prospekt, den die Leitung der Besuchs- und Fortbildungsschule auf Wunsch bereitwillig versendet, ist zu erfahren, daß wöchentlich 32 Lehrstunden gegeben werden, während die freie Zeit den Schülern zur Ausarbeitung und Reinschrift der Vorträge über Bindungslehre, Fadenzählen, Materialkunde, Kalkulation, Theorie der Weberei und Technik der mechanischen Webstühle dienen soll. Sicherlich wird ein derartiger abgeschlossener Jahreskursus einem wahren Bedürfnis Abhilfe schaffen.

Im Scheitwalde zu Dröbnthal bei Obergrehau wurde der seit 14 Tagen vermiste Auszügler Hermann Hengst erfroren aufgefunden. Hengst, der Frau und Kinder hinterläßt, dürfte wohl auf seinem Wege von Blumenau infolge Ermüdung eingeschlafen und dadurch erfroren sein.

Die Unfite, einen heißen Wärmstein in das Bett zu legen, kostete der 29jährigen Dienstmagd Pauline R. in Bednig 1 Woche Gefängnis. Am ersten Weihnachtstage v. J. war es ziemlich kalt, und um sich bei der Kälte ihr Bett ein wenig zu wärmen, legte sie sich einen Ziegelstein in den Ofen. Beim Herausnehmen desselben stellte es sich heraus, daß er so heiß geworden war, daß sie denselben nicht mit den bloßen Händen anfassen konnte. Trotzdem trug sie den über-

higt
Da
sie
lang
die
rate
nig
kon
gen
den
zu
weg
wer
Flan
N. e
fabri
geric
obrn
die
und
ein
rere
getre
Kler,
hätte
verni
tigen
des
Berli
mer
den
Dege
erwid
er per
seit e
Stalle
urläch
erklär
gehört
Zweck
den,
Regie
des
denfel
Südr
zurück
die Lu
von C
aus se
laufen
bei die
mit de
war d
gegnun
und di
hafte
C und
di
unter
Reise
angeha
umkehr
der ru
sinnung
für Pa
wurde
fort ab
Englan
2000
den Ab
mitteln
hat so
sien nic
amerika
ganz be
denk,
man si
nicht be
Balenci
eingewo
sich auch